„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

20. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 2. März 1927. | 12 Seiten | Nummer 17.

Bau neuer Zweiglinien in den nächsten drei Jahren

Saskatchewan besonders bevorzugt

Verbindung mit der Hudson Bay-Bahn. — Neue Eisenbahnen in Alberta.

Ottawa. — Die für die nächsten drei Jahre in Aussicht genommenen neuen Zweiglinien der Canadian National Railways sind:

Saskatchewan.

	Meilen	Kosten
Willowbrook, nordwestlich	22	$ 616,000
Weyburn nach Radville	22	570,000
Sturgis nach Peesane	100	3,395,000
Peesane, nördlich	19	570,000
Shellbrook, oder nahe Parkside, westlich	37	1,200,000
Turtleford, von Meile 67 bis zwischen Hafford und Richard	35	1,130,000
Kinderslen nach Glidden	18	640,000
Spruce Lake, westlich	29	990,000
Hudsons Bay Junction bis zur Sturgis-Peesane Line	32	1,088,000
Alberta.		
Elk Point, östlich	19	745,000
Athmont nach Bonnyville	38	1,415,000
Bretona nach Clover Bay	11	319,000

Hon Charles A. Dunning, der Eisenbahnminister, ersucht das Parlament, während der nächsten drei Jahre die C. N. R. zum Bau von insgesamt 470.2 Meilen Eisenbahn zu ermächtigen. Die Vorschläge sind in drei Gruppen eingeteilt:

1. **Eisenbahnlinien, welche für das System von wirtschaftlichem Vorteil sind.**
2. Zweiglinien zum Zwecke der allgemeinen Entwicklung und Kolonisierung des Landes.
3. Eine Zweiglinie, welche die Hudson Bay-Bahn mit den südlichen Linien des Systems der C. N. R. verbindet.

Die Gesamtkosten dieser neuen Linien, welche bis zum 31. August 1930 vollendet sein sollen, werden sich auf $19,120,000 belaufen. Das Programm ist nach gründlicher Erwägung aller Erfordernisse des C. N. R.-Systems zusammengestellt worden. Etwa 50 Prozent des Programms entfallen auf Saskatchewan, wobei die Canadian Pacific Railways nicht in Betracht gezogen sind, welche bei der Ausdehnung ihres Systems ebenfalls Saskatchewan den Vorzug geben. Die Kosten der nationalen Zweiglinien in Saskatchewan werden ungefähr $10,199,000 betragen.

Die Kampflage in China

Kantoner Truppen auf dem Wege nach Shanghai

Ausländer treffen Vorbereitungen zum Widerstand.

Schanghai, 25. Febr. — Britische Truppen errichteten heute eine Verteidigungslinie um die ausländische Siedlung, während die Armee von Chang Chung-Fang, des neuen Verteidigers von Schanghai, Vorkehrungen für einen drohenden Angriff durch kantonesische Streitkräfte in Sunkiang, 30 Meilen entfernt, traf.

Franzosen, Japaner und Italiener wirken mit den Briten in Schanghai zusammen. Amerikanische Seesoldaten sind nicht gelandet, sie warten auf den amerikanischen Kriegsschiffen im Hafen die Ereignisse ab. Die lange erwartete entscheidende Schlacht in dem Krieg der südlichen Armee, um nördlich vom Yangtse vorzudringen, steht, wie man glaubt, bevor. Die Briten schoben ihre Verteidigung bis zur Grenze der ausländischen Siedlung vor. Mittags waren Batterien von leichter Artillerie und Infanterie in Stellung. Polizei bewacht die Tore.

Die Vorkehrungen sind getroffen, weil die Stadt mit Chang's Soldaten gefüllt ist, die nach Sunkiang unterwegs sind. Sun hat offenbar seinen Posten als Leiter von Schanghai niedergelegt. Chang Tso-Lin wird dem Vernehmen nach mit Chang Chung-Chang zusammenwirken.

Hankau, 25. Febr. — Tausende von Arbeitern beteiligten sich heute an einer Protest-Kundgebung gegen die britische Truppenzusammenziehung in Schanghai. Einer großen Massenversammlung folgten Umzüge. Die Arbeiter wurden mit schweren Geldstrafen bedroht, wenn sie das Programm der Gewerkschaft nicht ausführen, das einen eintägigen Generalstreik gleichkommt. Zwischenfälle kamen nicht vor.

London, 26. Febr. — Nach einer heutigen Depesche suchten zügellose Soldaten von der Armee von Chang-Chung-Chang in die ausländische Siedlung in Schanghai zu dringen. Sie bedrohten die Polizei und schossen in die Luft, als sie angehalten wurden. Zwei Kompagnien von Freiwilligen erschienen in der Siedlung und verhüteten eine ernste Störung. Nach der Depesche ist der Bahnhof von Schanghai, wo Chang's Soldaten sich zur Fahrt nach Sunkiang versammeln und wo britische Punja-Truppen Wache halten, ein steter Gefahrpunkt.

Schanghai, 26. Febr. — Sunkiang, die Schlüsselstadt zu Schanghai, wo ein entscheidender Kampf erwartet wird, hat nach heutigen Berichten in den letzten 24 Stunden zweimal den Besitzer ohne Kampf gewechselt. Truppen des nördlichen Generals Chang waren heute früh im Besitz der Stadt, 10,000 Mann seiner Truppen sind aus Nanking unterwegs. Die Vorhut der kantonesischen Armee kam gestern in die Außenbezirke von Sunkiang und die nördlichen Truppen zogen schleunigst ab. Später kehrten sie aber wieder zurück und erlangten abermals die Herrschaft ohne Widerstand von den Südländern.

Schanghai bietet immer mehr einen militärischen Anblick. Die ausländische Siedlung ist ein bewaffnetes Lager, durch Stacheldrahtverhaue geschützt und von britischen Truppen bewacht. Auf hohen Gebäuden sind Maschinengewehre aufgepflanzt.

Neun Jahre rote Armee

Moskau, 26. Februar. — Der neunte Jahrestag der Einrichtung der Roten Armee wurde in ganz Rußland festlich begangen. Die Zeitungen veröffentlichen Artikel von führenden Sowjetbeamten, die die Schlagfertigkeit der Armee befürworten, damit sie allen Möglichkeiten begegnen könne.

Deutscher Erfindergeist und die Braunkohlen von Saskatchewan

Deutsche Brikettierungsmethode soll bei Estevan und Bienfait zur Anwendung gelangen

Eine Erklärung von Minister Davis. — Dr. Creighton über das erfolgreiche deutsche System.

Regina. — In der Legislatur von Saskatchewan äußerte sich Hon. T. S. Davis, der das Bureau für Arbeit und Industrie verwaltet, über die Brikettierung der Braunkohle (Lignite Coal) im südlichen Saskatchewan. Der Redner legte dar, daß bereits vorgenommene Proben gezeigt hätten, **daß das deutsche System, das zum Zwecke der Brikettierung von Braunkohle angewandt werde, sich als erfolgreich für die in Süd-Saskatchewan gefundene Kohle erwiesen habe.** Er glaube, daß die Verhandlungen ein Stadium erreicht hätten, da man britisches Kapital an der Verwertung der dortigen Kohle interessieren könne. Bis zur nächsten Session der Legislatur erwarte er die Entwicklung der Kohlenfelder um Estevan. Eine weitere Möglichkeit, die nicht außer Acht gelassen werden dürfe, sei **der Erfolg der deutschen Laboratoriumsversuche bei der Gewinnung von Motoröl aus Kohle.** Bis jetzt seien die Kosten dafür noch zu hoch, aber er zweifle nicht daran, daß in der nahen Zukunft eine Lösung des Problems gefunden werde.

* * *

Auch Dr. J. F. Creighton, der Abgeordnete für Estevan, Sask., sprach sich in einem Interview sehr zuversichtlich aus über die Möglichkeiten einer gewinnbringenden Brikettierung der Braunkohle, welche um Estevan und Bienfait gefunden werde. Kapitalisten schenkten der Sache ihre besondere Beachtung. Ein großes und stets zunehmendes Absatzgebiet sei vorhanden. Wenn einmal eine Anlage errichtet sei und sich bewähre, würden in wenigen Jahren weitere erbaut werden. Man rechne mit 200 bis 300 Tonnen täglicher Leistungsfähigkeit pro Betrieb. Hugh Sutherland, der verstorbene Präsident und geschäftsführende Direktor der Western Dominion Mine, habe die Sache schon vor Jahren sehr gründlich studiert und die in Belgien, Deutschland und Großbritannien vorgenommenen Untersuchungen nachgeprüft. Bei Ausbruch des Krieges habe sich Sutherland in Oesterreich aufgehalten. Obwohl sein Werk durch den Krieg unterbrochen worden sei, sei er doch fest davon überzeugt gewesen, daß die Brikettierung in dem in Frage stehenden Distrikt in großem Maßstabe erfolgreich vorgenommen werden könne.

Dr. Creighton wies ferner darauf hin, daß die Saskatchewan-Kohle sogar mit der Zeit die amerikanische Kohle verdrängen könne. Der Preis werde sich in Bienfait und Estevan auf $6 bis $7 per Tonne belaufen.

Von Zeit zu Zeit sind kleinere und größere Probesendungen von Kohlen in einer Menge von einer bis zu 60 Tonnen an Brikettierungsanlagen in England, Belgien und Deutschland gesandt worden. Dr. Creighton selbst hat einige von diesen Anlagen besucht und sich von der hervorragenden Verwendbarkeit der Kohle überzeugt. **Die Lurgy-Gesellschaft in Deutschland** hat, so sagte er, im letzten Jahre eine Anlage in Griechenland errichtet. Die dort gefundene Kohle ist ähnlich der in Saskatchewan. Im Jahre 1913 hat Deutschland 17 Millionen Tonnen Braunkohle und im Jahre 1925 137 Millionenn Tonnen gefördert. 50 Prozent von dieser deutschen Braunkohle, welche noch geringwertiger ist als die von Saskatchewan, wurden mit Erfolg brikettiert. In europäischen Ländern werden aus der Kohle noch gewisse Nebenprodukte gewonnen, wie Kohlengas, Teer, Kreosot, Benzin, Drogenartikel, Farbstoffe und Parfüme.

Dr. Creighton schilderte zum Schlusse noch die technische Methode, welche bei der Brikettierung zur Anwendung gelangt, und verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß mit Hilfe der Braunkohlen von Südsaskatchewan noch eine blühende Industrie dort geschaffen werden könne, welche zur Entwicklung der Provinz in starkem Maße beitragen könne.

Einwanderer betrogen

Hamilton, Ont., 24. Febr. — Frank Schulz, alias Zatonsky, alias Müller, wurde hier unter der Anschuldigung verhaftet, weit über 100 Ausländer durch einen Paßschwindel betrogen zu haben. Ueber 100 Polen, Ungarn und andere Ausländer sind hier eingetroffen, um von Schulz Paßpisas zum Eintritt in die Ver. Staaten entgegenzunehmen. Andere Ausländer befinden sich zum gleichen Zwecke auf dem Wege hierher. Schulz, der früher in Winnipeg als Arzt praktiziert haben soll, hatte für sich und seine Familie Plätze auf dem Leviathan belegt, der am 26. Februar von New York abfährt.

Frankreich wollte den Krieg

New York, 26. Febr. — Robert L. Owen, der 18 Jahre lang dem Bundessenat angehörte und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Beziehungen war, erließ eine Erklärung, in der er dafür eintrat, daß Frankreich die Kriegsschulden nicht erlassen würden. Frankreich werde von Militaristen regiert, erklärte der frühere Gesetzgeber, wie seine Weigerung, sich auf eine weitere Marinebrüstung einzulassen, beweise.

Herr Owen weist in seiner Erklärung nach, daß Frankreich und die Regierung des russischen Zaren den Ausbruch des Weltkrieges verschuldeten und daß die deutsche Regierung den Krieg nicht gewollt habe. Er führt soeben veröffentlichte Geheimdokumente an, aus denen die Schuld Frankreichs und Rußlands klar hervorgeht.

Reichstagspräsident Löbe schwer erkrankt

Berlin, 24. Febr. — Der Präsident des Reichstags, Paul Löbe, unterzog sich heute einer Blinddarmoperation, welche durch eine recht bedenklich aussehende Blinddarmentzündung nötig gemacht worden war.

Die Oeffnung der Bauchhöhle, welche der Entfernung des Wurmfortsatzes des Blinddarms durch das Messer des Chirurgen vorausging, enthüllte Komplikationen. Es waren von einer früheren Entzündung herrührende Verwachsungen da und eine neuerliche akute Entzündung mit beginnender Eiterung und Durchbohrung des Bauchfells. Angesichts dieser bedenklichen Symptome läßt es sich nicht mit Sicherheit voraussagen, wie sich der weitere Verlauf gestalten wird.

Franzosen sollen Saargebiet räumen

Zurückziehung der Truppen von Regierungskommission gefordert

Internationaler Eisenbahnschutz befriedigt die Deutschen nicht.

Berlin, 26. Febr. — Aus Genf kommt eine willkommene Kunde. Die vom Völkerbund bestellte Regierungskommission des Saargebietes hat befürwortet, daß die französischen Besatzungstruppen jenes Gebiet räumen sollen. Eine internationale Eisenbahnschutztruppe soll an ihre Stelle treten.

Der an den Völkerbund übermittelte Vorschlag trägt die Unterschrift des Präsidenten der Saarkommission, George Washington Stephens von Montreal, dessen Rücktritt von diesem Posten gemeldet wurde.

Mit dem Abzug der französischen Truppen wird die lange Demütigung der deutschen Bevölkerung des Saarbeckens durch die Anwesenheit einer französischen Garnison endlich aufhören.

Paris hat sich gegen die Räumung des deutschen Saarlandes hartnäckig gesträubt und die grundsätzlich völkerrechtswidrige Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet technisch mit der Notwendigkeit des dauernden Schutzes der Saarbahnen als Etappenlinien der französischen Rheinarmee zu rechtfertigen gesucht. Selbst wenn, was aber geographisch nicht bedingt ist, die französischen Truppenverschiebungen nach und von dem besetzten Rheinland die Eisenbahnstraßen durchs Saargebiet nehmen müßten, erwüchse für das „neutrale" Saargebiet, wie von deutscher Seite immer wieder geltend gemacht werde, keine Verpflichtung, die Dienstbarkeit des Bahnschutzes zur Begünstigung einer auswärtigen Macht zu tragen.

Dieser Standpunkt der Reichsregierung wurde mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nachdrücklich vertreten und hat sich nun auch durchgesetzt.

Unter dem stärken französischen Einfluß hatte die Saarkommission wohl mit geflissentlicher Uebersehung der prinzipiellen Rechtslage wiederholt sich für die Transportsicherung der Saareisenbahnen durch französische Truppen ausgesprochen. Die bei der Zusammensetzung der Saarregierung jederzeit herstellbare Tatsache verschiedener Meinungen bot Frankreich den möglichen Vorwand, die unrechtmäßige Besetzung bis ins siebente Jahr beizubehalten.

Der Plan der Einrichtung einer internationalen Schutztruppe bringt indessen dem Reich keine volle Befriedigung und wird von der Saarbevölkerung lediglich als Verschleierung einer Fortdauer des bisherigen Okkupationszustandes mit starkem Mißtrauen aufgenommen. Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß die vorhandene einheimische Gendarmerie von 1000 Mann für den ganzen Schutzdienst völlig ausreichend wäre.

Krise in der Kleinen Entente

Prag, 25. Febr. — Hiesige Zeitungen behaupten im Gegensatz zu den jüngsten Erklärungen Beneschs, der im Auswärtigen Ausschuß des Senats die Behauptungen von Unstimmigkeiten in der Kleinen Entente als völlig abwegig bezeichnet hatte, daß tatsächlich eine innere Krise in der Kleinen Entente ausgebrochen sei. Die Idee dieses Bündnisses sei zu Wasser geworden, was man in Jugoslavien und Rumänien offen zugestehe. Für die Kleine Entente tauche die Frage auf, ob sie sich in offenen Gegensatz zur italienischen Politik stellen oder aber sich mit dieser ausgleichen wolle. Diese Frage sei allerdings in Belgrad und Bukarest brennender als in Prag. Als Stütze gegen Italien sei die Kleine Entente aber nicht ausreichend. Rumäniens Interesse sei auf die bessarabische Frage konzentriert. Es betrachte die italienischen Pläne nicht ohne Sympathie. Unter dem Einfluß Italiens habe sich Rumänien auch Ungarn genähert. Nun brauche man nicht von dem Ende der Kleinen Entente, müsse aber von einer latenten Krise sprechen, solange dieser Bund seine Stellung gegenüber der veränderten politischen Situation nicht selbst klare.

Deutscher Admiral in den Ver. Staaten

New York, 26. Febr. — Admiral Paul Behnke, der von 1920 bis 1924 Chef der deutschen Marine war, traf auf dem „Albert Ballin" hier ein, um zwei Monate die „modernen Entwicklungen auf den Gebieten des öffentlichen, industriellen und intellektuellen Lebens" zu studieren. Der Admiral, der bei der Schlacht im Skagerak ein Kampfschiffgeschwader befehligte, erklärte, daß sein Besuch völlig privater Natur sei. Er begab sich nach Washington, um Baron Ago von Maltzan, den deutschen Botschafter, aufzusuchen.

Admiral Behnke befürwortete die Einschränkung der Seerüstungen unter den großen Mächten und hält Präsident Coolidge's Plan für einen guten.

Jugoslavien fürchtet italienische Mobilisation

Rom, 26. Febr. — Das italienische auswärtige Amt bestritt aufs energischste die Richtigkeit von Berichten über militärische Bewegungen in Albanien, die in Belgrad, Jugoslavien, veröffentlicht wurden. Es habe keine Mobilisation stattgefunden, wie in der jugoslavischen Hauptstadt gemeldet wurde, erklärte das auswärtige Amt. Ebenso wird der Belgrader Bericht bestritten, der besagt, daß in kurzem in Albanien Bahnbauten unter Leitung italienischer Genietruppen in Angriff genommen werden. Es wurde erklärt, daß die Italiener Interesse an den Handelsbewegungen in Albanien hätten, aber in keinem höheren Maße als die Angehörigen anderer Länder.

Aus der Legislatur von Saskatchewan

Schutz gegen Verkauf von Anteilscheinen unzuverlässiger Gesellschaften

Die Auflösung der Saskatchewan Co-operative Elevator Company.

Regina. — In der Legislatur von Saskatchewan brachte Robert E. Nay, Regierung, Wilkie, eine Resolution ein, worin die Regierung von Saskatchewan aufgefordert wird, weiterhin auf die Dominionregierung einzuwirken, daß sie dem canadischen Parlament die Annahme der nötigen Gesetze empfiehlt, durch welche den Provinzen die Vollmacht erteilt wird, den Verkauf von Anteilscheinen der Dominion-Gesellschaften innerhalb der betreffenden Provinzen zu regeln.

In seinen Bemerkungen zu dieser Resolution, welche einstimmig angenommen wurde, nahm der Abgeordnete Nay auf einige Gesellschaften Bezug, so auf die Derby Motors Ltd. von Saskatoon, auf die L. R. Steel Company, die Allen Theatres Ltd., und die Canadian Farm Implement Company von Medicine Hat, Alta. Eine Gruppe von Leuten, die als Gesellschaft inkorporiert werden will, kann das für die Provinz oder für die ganze Dominion erreichen, jenachdem ihr Tätigkeitsbereich sich auf die eine Provinz oder auf die Dominion erstreckt. Nach einem in Saskatchewan geltenden Gesetze wurde dem Local Government Board die Ermächtigung erteilt, die Erlaubnis zum Verkauf von Anteilscheinen zu gewähren, nachdem der finanzielle Zustand der betreffenden Gesellschaft untersucht war. Eine solche Untersuchungsbehörde war in einem so großen ländlichen Gebiet wie Saskatchewan notwendig, da Leute, welche Kapital anlegen wollen, eine zuverlässige Stelle als Vermittlerin zwischen sich und den Gesellschaften benötigten. Der Verkauf von Anteilscheinen ging nach den Bestimmungen dieses Gesetzes von 1914 bis 1923 vor sich. Einige Gesellschaften durften Anteilscheine verkaufen und andere nicht. Die Gültigkeit des Gesetzes wurde erst angefochten, als die Ruthenische Elevator-Gesellschaft ihren Fall vor den Obersten Gerichtshof von Canada brachte. Die Entscheidung des Gerichtes lautete dahin, daß Gesellschaften mit Dominioncharter sich auch in Saskatchewan betätigen dürfen, selbst wenn ihnen die Charter von Saskatchewan verweigert wird.

Als Beispiel für die Notwendigkeit eines Schutzes der Anteilzeichner führte der Redner die Derby Motors Ltd. von Saskatoon an. Die Geschichte der Gesellschaft sei nicht derart, daß man ihr die Möglichkeit zum Verkauf der Anteilscheine ohne Regierungsregulierung gewähren könne. Wenn man bedenke, welche Dividenden den Gesellschaftern zugekommen sind, so hätte man der Company nicht die Erlaubnis zum Verkauf ihrer Anteile geben dürfen. Der L. R. Steel Co. und den Allen Theatres sei der Vertrieb von Anteilen in Saskatchewan nicht gestattet worden, wie es in anderen Provinzen der Fall gewesen sei. Als die Gesellschaften Bankerott machten, hätten die Gesellschafter in anderen Provinzen Tausende von Dollars verloren, während die Bevölkerung von Saskatchewan geschützt worden sei durch den in früheren Jahren vom Local Government Board verweigerten Verkauf von Anteilscheinen. Ferner verwies der Redner auf die Canadian Farm Implement Company, deren Charter in Saskatchewan widerrufen worden sei, die aber später eine Dominioncharter erhalten und dann sich auch in Saskatchewan betätigen durfte, obwohl ihr die Charter dahier verweigert worden sei. In Ottawa hege man den Verdacht, daß Oelgesellschaften sich um die Genehmigung von Charters bemühen würden, welche in den westlichen Provinzen sich betätigen möchten. Die Dominionregierung vertrete die Auffassung, daß der Gutheißung solcher Oelgesellschaften ein Riegel vorgeschoben werden müsse, und strebe daher eine entsprechende Schutzgesetzgebung an; aber inzwischen gehe die Ausbeutung des Publikums weiter.

Hon. George Scott, Regierung, Arm River, unterstützte die von Nay eingebrachte Resolution. Er meinte, mit der Wiederkehr besserer Zeiten werde in Saskatchewan mehr Geld für den Erwerb von Anteilscheinen frei. Verkäufer von solchen bereisten die ganze Provinz. Jeder Farmer in der Provinz könnte bei seinem Bankier sachkundigen Rat über Anlagemöglichkeiten einholen, aber das werde nicht getan. Statt dessen ließen sich die Farmer und die Geschäftsleute in den kleinen Städten von den Verkäufern von Anteilscheinen beschwätzen und zum Erwerb derselben bewegen, ohne vorhergegangene sorgfältige Untersuchung.

In zustimmendem Sinne sprachen zu der Resolution noch der Attorney General J. A. Croß, der Progressive Dr. Charles E. Tran, der Unabhängige Dr. J. F. Creighton und der Konservative M. A. McPherson.

* * *

Die Auflösung der Co-operative Elevator Company.

Nach einer Gesetzesvorlage, welche der Legislatur von Saskatchewan unterbreitet ist, werden die Gesellschafter der Saskatchewan Co-operative Elevator Company $155.78 für jeden Anteilschein von 1911—12 erhalten, für den sie ursprünglich $7.50 bezahlt haben. Mit anderen Worten, ein Gesellschafter, der die größtmögliche Zahl von Anteilscheinen, nämlich 20, innehat, erhält nach dieser vorgesehenen Verteilung $3,115.60. Die in den späteren Jahren ausgegebenen Anteile sind verhältnismäßig weniger wert. Für die letzten Anteile sollen $27.87 bezahlt werden. Mit der Gesetzesvorlage wird die Auflösung der Saskatchewan Co-operative Elevator Company verfügt, deren Elevatorsystem bekanntlich in den Besitz der Saskatchewan Pool Elevators Ltd. übergegangen ist.

Premier Gardiner eröffnete die Debatte über das Thema und bemerkte dabei, daß gewisse Spekulanten, welche einen „Clean-up" der Anteilscheine hätten vornehmen wollen, damit kein Glück haben würden, wenn die Vorlage angenommen werde. Die Regierung wolle nicht nur die Delegaten schützen, welche demnächst an der Jahresversammlung der Gesellschaft teilnehmen würden, sondern auch die Tausenden von Gesellschaftern draußen im Lande. Er habe, so erklärte der Premier, die tiefste Verachtung für gewisse Leute, welche in die ausgetrockneten Gebiete der Provinz gingen und die Anteilscheine für einige Dollars aufkauften.

Diejenigen, welche mit Anteilscheinen der Saskatchewan Co-operative Elevator Company spekuliert haben, sollen das Geld zurückerhalten, das sie für die Anteilscheine bezahlt haben. Die Werte der Gesellschaft aber sollen unter den Mitgliedern der Gesellschaft auf einer Pro Rata-Basis verteilt werden im Verhältnis zu dem, was jedes Mitglied bis zum 31. Juli 1926 einbezahlt hat. Die Jahresversammlung der Gesellschaft, welche am 2. März in Regina abgehalten wird, soll fünf Inspektoren ernennen, die als Direktorium fungieren sollen. Man nimmt an, daß auf diese Weise den Spekulanten das Handwerk gelegt werden kann.

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Die Reichswehr unter Feuer

Sozialistische Anklagen gegen Dr. Geßler verursachen Entrüstungssturm

Törichte Hetzereien schaden dem Ansehen Deutschlands.

Berlin, 26. Febr. — In der Sitzung des Reichstags-Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat es Sturm gegeben. Die sozialistischen Mitglieder kündigen neues Beweismaterial dafür an, daß zwischen der Reichswehr, den Junkerwerken für Erbauung von Flugzeugen und Rußland nähere Beziehungen heute noch unterhalten würden.

In der letzten Reichstagssitzung wurden dem Reichswehrminister Dr. Geßler die große Anzahl von Selbstmorden in der Reichswehr infolge von „Soldatenschinderei" vorgehalten. — Diesmal wurde gegen ihn Sturm gelaufen, weil er gewissermaßen den geheimen Vermittler zwischen der Reichswehr, den Junkerwerken und Rußland spiele.

Nach dem bisher vorgebrachten Beweismaterial handelt es sich um alte abgestandene Geschichten, die von der Opposition in der Bemühung, sich bemerkbar oder fühlbar zu machen, wieder ausgegraben werden. So ist von einer geheimnisvollen Transaktion zwecks Ankaufs von Waffen zwischen dem Reichswehr-Ministerium und Moskau durch Vermittlung der preußischen Staatsbank, der Darmstädter Nationalbank und Sowjet Handels- und Industriebank die Rede, einer Transaktion, mit der auch New Yorker Banken in Verbindung gebracht werden.

In der Sturmsitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wurde der Opposition der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihr Verhalten das Ansehen Deutschlands im Auslande schmälere und die internationale Stellung des Reichs beeinträchtige.

Für ein Milizsystem.

Berlin, 26. Febr. — Die demokratische Partei, die schon seit langer Zeit behauptet, daß in der deutschen Reichswehr monarchistische Tendenzen die Oberhand hätten, unterbreitete dem Reichstage eine Resolution, in der die Auflösung der Reichswehr und die Schaffung einer Reichsmiliz mit kurzer Dienstdauer gefordert wird. Da die Reichswehr unter den Bestimmungen des Versailler Vertrags geschaffen wurde, verlangt die Resolution, daß die Regierung mit den alliierten Regierungen wegen entsprechender Abänderung des Vertrages in Verhandlungen treten soll. Letztere werden dem Vorschlag schon deshalb opponieren, weil das Milizsystem die Bildung einer starken deutschen Reservearmee begünstigen würde.

KODAK SAFETY FILM